

**Walter Süß**

### **Das MfS und der KSZE-Prozess. Der Kampf der osteuropäischen Geheimdienste gegen Modernisierung und Globalisierung**

Mit dem Forschungsvorhaben soll erkundet werden, wie die mit der KSZE verbundene Öffnung des kommunistischen Machtbereichs von der DDR-Staatssicherheit wahrgenommen worden ist und wie in Kooperation mit anderen osteuropäischen Geheimdiensten versucht wurde, diesen Prozess zu beeinflussen sowie seine Folgen einzudämmen.

Die Kooperation der östlichen Geheimdienste unter Hegemonie des sowjetischen KGB ist ein weites und wenig erforschtes Gebiet. Eingrenzungen von Thema und Fragestellung sind deshalb unerlässlich. Mit der KSZE soll ein Gegenstandsbereich bearbeitet werden, der eingrenzbar ist und dem zugleich eigenes zeitgeschichtliches Gewicht zukommt. Unsere These ist, dass die osteuropäische Politbürokratie mit der KSZE ungewollt zur Destabilisierung des eigenen Machtbereichs beigetragen hat. Die „menschliche Dimension“ dieses Prozesses wurde zu einem Instrument der Öffnung von bisher weitgehend abgeschotteten Systemen und für die Einbeziehung des sowjetischen Machtbereichs in den Prozess der Globalisierung in einem umfassenden Sinne, zugleich hat sie zum Legitimitätsverfall der Parteiherrschaft und zur gesellschaftlichen Herausforderung des Partei Staates wesentlich beigetragen. Vermutlich war das zugleich ein wichtiger Faktor dafür, dass der Untergang des kommunistischen Herrschaftssystem friedlich verlaufen ist. Für alle Teilnehmer(staaten) bedeutete die KSZE einen umfassenden Lern- und Sozialisationsprozess, der vor allem dazu führte, dass die Menschenrechte als legitimer Bestandteil auf die Agenda internationaler Verhandlungen zwischen Ost und West kamen.

Erforscht werden soll, wie die Geheimdienste den KSZE-Prozess begleitet haben, wie sie versucht haben, seine Akteure auszuforschen und die östlichen Verhandlungspositionen und –partner zu beeinflussen und wie sie die neuen Einflussfaktoren sowie die wachsende gesellschaftliche Resistenz und Dissidenz wahrgenommen haben bzw. dem gegenzusteuernversuchten.

An der Erklärung des Verfalls des sowjetischen Imperiums, zu dem der KSZE-Prozess beigetragen hat, haben sich die Anhänger unterschiedlicher Theorieansätze der Internationalen Beziehungen (Neorealismus; Konstruktivismus) versucht.

Ihre Thesen sollen als Hilfsmittel bei der Entwicklung differenzierter Fragestellungen und bei der Interpretation des aufgearbeiteten Materials herangezogen werden. Der Konstruktivismus ist ein Anstoß, die Aufmerksamkeit auf soziale und kulturelle Aspekte zu lenken, die sonst angesichts der „harten Fakten“ internationaler Politik und Machtkämpfe zu Unrecht vernachlässigt werden.

### **Forschungsstand**

Der Konferenzverlauf ist gut dokumentiert. Zudem liegen viele einschlägige Erinnerungen von Teilnehmern aus Ost und West vor; neben den Memoiren bekannter Politiker, die seinerzeit in den Prozess involviert waren, auch von Akteuren auf mittlerer Ebene. Wichtige Quellen für das Verständnis der Lernprozesse, die kommunistische Politiker unter westlichem Einfluss vor allem in den 80er Jahren durchmachten, sind zudem die Memoiren der Vorkämpfer der Perestroika.

Die meisten wissenschaftlichen Arbeiten sind in unmittelbarem Zusammenhang mit der Konferenz geschrieben worden und reflektieren vor allem die Verhandlungspositionen der jeweiligen Seiten und deren Wandel, wobei als Akteure in der Regel die Verhandlungsdelegationen und die hinter ihnen stehenden Regierungen erscheinen. Diese Arbeiten sind unzweifelhaft nützlich, aber mehr Impulse für weitere Forschung bietet die vor allem in der Politikwissenschaft geführte Debatte über die Ursachen für das Ende des Kalten Krieges. Dabei bildet die KSZE selbstverständlich nur einen begrenzten empirischen Teilbereich, aber für deren Verständnis ist diese Debatte außerordentlich hilfreich. Dass die Wandlungen in der Politik und schließlich im System eines der beiden Hauptkontrahenten, der Sowjetunion unter Gorbatschow, der entscheidende Faktor war, ist weithin unbestritten. Die Frage ist, wie es dazu gekommen ist.

Die neorealistische Schule in der außenpolitischen Theorie interpretiert den Politikwandel als Antwort auf die innere wirtschaftliche Krise der Sowjetunion, eventuell verstärkt durch amerikanischen Druck. Das ist mit den historischen Fakten nur schwer in Einklang zu bringen. In der Frühphase der KSZE (1972-1975), als entscheidende Weichenstellungen getroffen wurden, dünkte sich die sowjetische Führung international auf dem Höhepunkt ihrer Macht und gewissermaßen in der Offensive. Aber auch später, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, als diese Illusion verflogen war und die sowjetische Reformpolitik in ihrer radikalen Zuspitzung bis hin zum Verzicht auf das osteuropäische Imperium ging, geschah das, ohne dass sie dazu (etwa durch einen verlorenen Krieg) gezwungen gewesen wäre. Mit

den Prämissen des Neorealismus, denen zufolge im Zentrum allen staatlichen Handelns Machterhalt und Selbstbehauptung stehen, ist das unvereinbar.

Den Erklärungsgehalt von Realismus und Neorealismus überprüfte Mark Kramer anhand der Empirie des Kalten Krieges.<sup>1</sup> Wie war das relative Gewicht von Machtansprüchen und materiellen Interessen, verglichen mit dem der Ideologien? In fünf Fallstudien, deren letzte dem Untergang des sowjetischen Imperiums gewidmet ist, wird der jeweilige Einfluss dieser Faktoren auf den politischen Entscheidungsprozess durchexerziert. Solide begründet kommt Kramer zu dem Ergebnis, dass die sowjetische Politik mit dem theoretischen Instrumentarium des (Neo-)Realismus nicht ausreichend zu erklären ist, seinen Annahmen teilweise direkt widersprochen hat, und die Ideologie als ihr Bezugsrahmen immer mitgedacht werden muss, ohne aber deshalb alles zu erklären.

Angesichts der Erklärungsdesiderate der bis dahin dominanten außenpolitischen Schulen hat sich in den 90er Jahren ein methodisch neuer Erklärungsansatz durchgesetzt, der die Akteure im internationalen System und das System selbst auf Basis soziologischer Handlungstheorien analysiert: der Konstruktivismus. Er begreift Staaten und internationale Institutionen als Handlungssysteme, in denen die Akteure – hier: die Delegationsmitglieder der osteuropäischen Staaten und ihre Kooperationspartner und Vorgesetzten in Staat und Partei – Sozialisationsprozesse durchmachen, neuen Normen zu folgen und ungewohnte Rollen auszufüllen haben.

Von besonderem Interesse ist dieser Ansatz auch für die Analyse der menschenrechtlichen Dimension des KSZE-Prozesses. Dazu liegt mit der Arbeit von Daniel C. Thomas<sup>2</sup> eine empirische Analyse aus konstruktivistischer Perspektive vor, deren heuristischer Ansatz auch diesem Projekt zur Orientierung dienen soll: Wie kam es dazu, dass die Menschenrechte auf die Agenda von Ost-West-Verhandlungen gelangen konnten, welche Lernprozesse hat das vorausgesetzt und welche hat es ausgelöst? Die gleiche Frage gilt selbstverständlich für die kleineren osteuropäischen Staaten. Die Antwort, die Thomas in seinem Buch darauf gefunden hat, klingt überspitzt: “[T]he book traces the weakening of Communist rule not to Gorbachev’s reforms but to the unprecedented social movement and opposition activity that emerged across the East bloc in the aftermath of the Helsinki Final Act.“ Doch es handelt sich um keine sich ausschließende Alternative, zudem fehlt,

wie aus der empirischen Darstellung desselben Autors hervorgeht, ein wesentliches Vermittlungsglied: Die ursprünglich (mit Ausnahme von Polen) gesellschaftlich marginalen Bürgerrechtsgruppen konnten nachhaltige Wirkung entfalten, weil ihre Kritik und ihre Forderungen von westlichen Politikern und westlichen Medien aufgegriffen und – was neu war – auf die Agenda internationaler Verhandlungen gesetzt wurden. Außerdem kommt den Lernprozessen gerade der Gorbatschow-Generation erhebliche Bedeutung zu; schon zuvor mussten sich die Verhandlungspartner auf östlicher Seite auf diesen Prozess einlassen, wenngleich sie dessen Dynamik anfangs wahrscheinlich unterschätzten. Um Missverständnisse zu vermeiden: Solche Lernprozesse erklären die Veränderungen im kommunistischen Machtbereich gewiss nicht monokausal, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Faktoren. Aber sie hatten z. B. erheblichen Einfluss darauf, wie der relative internationale Machtverlust (durch geringe wirtschaftliche Effizienz und Dynamik), der auch auf die militärischen Machtrelationen durchschlug, wahrgenommen und verarbeitet wurde - durch Rückkehr zum Isolationismus oder aber durch Öffnung.

Zur Abwehr dieser zum Teil höchst unerwünschten Prozesse waren die Geheimdienste bzw. Geheimpolizeien im sowjetischen Imperium aufgerufen. Erforscht werden soll, wie sie den KSZE-Prozess begleitet haben, wie sie versucht haben, seine Akteure auszuforschen, wie sie die neuen Einflussfaktoren wahrgenommen haben und ihnen gegenzusteuern bemüht waren.

Die Geheimdienste werden in zeitgeschichtlichen Darstellungen kaum, in juristischen und politologischen Wirkungsanalysen allenfalls im Zusammenhang mit der Unterdrückung von „Helsinki-Gruppen“ bzw. Menschenrechtsorganisationen im sowjetischen Machtbereich erwähnt. In den bisherigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum MfS und seiner Spionageabteilung HV A spielt die KSZE keine Rolle. Gerade hinsichtlich dieses Akteurs ist von einem weitgehend brachliegenden Forschungsterrain zu sprechen.

Zur DDR gibt es in diesem Zusammenhang einige, auf die letzten Jahre konzentrierte, aufschlussreiche Arbeiten.<sup>3</sup> In einer Gesamtdarstellung der Geschichte der DDR-Außenpolitik, die jüngst Hermann Wentker vorgelegt hat, wird der KSZE-Prozess aus DDR-Perspektive in das Dreieck der Abhängigkeit von der UdSSR, der „Sogwirkung“ der Bundesrepublik und dem Bemühen um innere Stabilität

eingeorordnet.<sup>4</sup> In den der KSZE gewidmeten Passagen wird auf fast von Anfang an bestehende Differenzen zwischen der DDR und der sowjetischen Führungsmacht in jenen Punkten hingewiesen, bei denen die DDR durch zu große Konzessionsbereitschaft ihre (innere) Sicherheit bedroht sah.

Mit der Promotion von Benno-Eide Siebs (1999) existiert eine detaillierte Darstellung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in den Jahren 1976 bis 1989, auf der aufgebaut werden kann, obwohl oder gerade weil er den Einfluss der Staatssicherheit auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess als Forschungsdesiderat bezeichnet hat.<sup>5</sup> Bei der KSZE-Politik der DDR müssen die deutsch-deutschen Beziehungen immer mitgedacht werden. Überzeugend haben beide Aspekte für die Frühphase Gottfried Niedhardt und Oliver Bange in verschiedenen Aufsätzen zur längerfristigen Zielsetzung der neuen Ostpolitik verknüpft – Vorarbeiten zu ihrem KSZE-Projekt.<sup>6</sup>

Zur Kooperation der Geheimdienste im Warschauer Pakt insgesamt existiert keine ausführliche Darstellung – mit einer Ausnahme, einer BF-Publikation zu einem Teilaspekt, der gemeinsamen Datenbank SOUD<sup>7</sup>. Die Zusammenarbeit zwischen DDR-Staatssicherheit und MGB/KGB ist allerdings für die Frühphase wenigstens in den Grundzügen klar.<sup>8</sup> Für die Zeit nach 1957 bieten die beiden einschlägigen Arbeiten von Marquardt einen ersten Überblick.<sup>9</sup> Sonst sind nur Einzelaspekte in kleineren Arbeiten aufgearbeitet. In dem unlängst in deutscher Sprache veröffentlichten „Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa“ werden Kooperationsaspekte zwar verschiedentlich gestreift, es geht aber ganz überwiegend um die Grundinformationen zur Institutionengeschichte der jeweiligen Staatssicherheitsdienste.<sup>10</sup>

Die Forschungslücke, zu deren Schließung mit diesem Projekt beigetragen werden soll, betrifft demnach das Agieren östlicher Geheimdienste im KSZE-Prozess, ihre Rolle als Beobachter jener Lern- und Anpassungsprozesse, die die Öffnung des kommunistischen Machtbereichs ausgelöst und weiter befördert haben, und ihre Reaktionen darauf.

### **Methode und Anlage des Projekts**

Die erste methodische Entscheidung ist, eine Periodisierung des KSZE-Prozesses vorzunehmen und drei Phasen herauszugreifen, in denen die Menschenrechte ganz unterschiedliche Bedeutung hatten:

- die Frühphase (1972-1976), in der sich die Warschauer-Pakt-Staaten unter sowjetischer Führung widerwillig darauf einließen, dieses Themenfeld überhaupt auf die Agenda zu setzen;
- eine mittlere Phase drohenden Scheiterns (1977-1985), als die Menschenrechte zum Instrument einer harten Ost-West-Konfrontation wurden;
- die Phase vor dem System-Umbruch (Wiener Folgekonferenz 1986-1989), in der die Reformstaaten (UdSSR, Ungarn, Polen) begannen, das westliche Menschenrechtsverständnis zu übernehmen, und der innere Zusammenhalt der Warschauer-Pakt-Staaten sich gerade an diesem Punkt auflöste.

Von den beiden wissenschaftlichen Bearbeitern in diesem Projekt soll der eine die erste und die dritte Phase, auch in vergleichender Perspektive, untersuchen. Der andere Bearbeiter wird sich die Belgrader und die Madrider Folgekonferenz vornehmen; wobei in Madrid zwei markante Ereignisse (Kriegsrecht in Polen; Politikwechsel in den USA) den Konflikt um die Menschenrechte eskalieren ließen und den Fortgang des Prozesses insgesamt gefährdeten – Ereignisse, die für die östlichen Geheimdienste von hohem Interesse waren –, eine Konferenz, die aber dennoch zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wurde.

Die Einschätzungen des KSZE-Prozesses durch das MfS und die mit ihm verbündeten Dienste werden durch traditionelles Quellenstudium erarbeitet: die Durcharbeitung der Quellen, ein Vergleich der Aussagen im synchronen Querschnitt der beteiligten Institutionen und im chronologischen Längsschnitt. Das Material wird nach folgenden Kriterien analysiert: Selbstbild des kommunistischen Machtbereichs im KSZE-Bezug; Wahrnehmung und Wahrnehmungswandel der internationalen Situation; Definition von (zusätzlichem) Gefährdungspotential; und Gegenstrategien. Bei der Analyse vor allem der ersten beiden Punkte ist ein Rückbezug auf die SED-Führung und das östliche Bündnissystem methodisch unabdingbar, um den Eigenanteil der Staatssicherheit an ihrer Positionsbestimmung erkennen zu können.

Da im Mittelpunkt der Untersuchung nicht die KSZE im Ganzen, sondern dieser Prozess als Objekt und Problem des MfS in Kooperation mit den anderen osteuropäischen Geheimdiensten steht, sollen von dort her unterschiedliche Untersuchungsgegenstände bestimmt werden. Zu fragen ist nach dem geheimdienstlichen bzw. geheimpolizeilichen Beitrag auf folgenden Ebenen:

Der KSZE-Prozess selbst, dabei geht es um die Ausforschung der Gegenseite, ihre Schwerpunkte und ihre Ergebnisse; Konsultationen und Absprachen zwischen den Geheimdiensten der Warschauer-Pakt-Staaten; die Entwicklung von Positionen und Kompromissen für die Konferenz (eine Aufgabe, bei der das MfS im „humanitären Bereich“ eine zentrale Rolle in der Entscheidungsvorbereitung spielte und vor allem warnend aktiv war); und die Überwachung der östlichen Delegationen und der Lernprozesse ihrer Mitglieder.

Eine weitere Ebene betrifft die Folgen des KSZE-Prozesses: die Konsequenzen einzelner KSZE-Schritte für die „Stimmung der Bevölkerung“; Verbindungen zwischen der KSZE und ihrem Umfeld (NGOs, Medien) und der Entwicklung oppositioneller Bewegungen aus geheimpolizeilicher Sicht; Beantwortung der Frage, welche Folgen geheimpolizeilich einzudämmen waren, welche eventuell auch eine Anpassung an neue Normen notwendig machten. Und schließlich sind Zeichen eines schleichenden Systemwandels, seiner – aus Sicht der Geheimpolizei – „Zersetzung“ zu lesen, und „Aufweichungserscheinungen“ bei den staatlichen Akteuren auszumachen (positiv formuliert: der Erweiterung ihres politischen Horizonts, des Aufbrechens ideologischer Verkrustungen und einer höheren Flexibilität sozialen Handelns). Um den Anteil und die Durchsetzungsfähigkeit der Staatssicherheit besser einschätzen zu können, ist das zu verbinden mit einer Analyse des Verhältnisses von Positionen der Staatssicherheit und der praktischen Politik im Bereich der Inneren Sicherheit.

---

<sup>1</sup> Kramer, Mark: Ideology and the Cold War. In: Review of International Studies, 25 (1999) 4, S. 539-576.

<sup>2</sup> Thomas, Daniel C.: The Helsinki Effect : International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism. Princeton 2001.

<sup>3</sup> Crome, Erhard; Franzke, Jochen: Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz 1986 bis 1989 : Dokumente aus dem Parteiarchiv. In: Deutschland Archiv, 26 (1993) 8, S. 905-915; Eisenfeld, Bernd: Reaktionen der DDR-Staatssicherheit auf Korb III des KSZE-Prozesses. In: Deutschland Archiv, 38 (2005) 6, S. 1000-1008; Kuppe, Johannes L.: Die KSZE und der Untergang der DDR. In: Deutschland-Archiv, 38 (2005) 3, S. 487-493.

<sup>4</sup> Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen : Die DDR im internationalen System 1949 bis 1989. München 2007, S. 3, unter Verweis auf Michael Lemke: Die Deutschlandpolitik der DDR zwischen Moskauer Oktroi und Bonner Sogwirkung, in: Jürgen Ko-

- 
- cka u. Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven. Berlin 1994.
- <sup>5</sup> Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976 – 1989 : Strategien und Grenzen. Paderborn [u.a.] 1999.
- <sup>6</sup> Bange, Oliver: Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik. In: Archiv für Sozialgeschichte, 46 (2006), S. 713-736; Niedhart, Gottfried: Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967-1974. In: Geschichte und Gesellschaft, 28(2002)2, S. 233-266; Niedhart, Gottfried; Bange, Oliver: Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihre internationalen Rahmenbedingungen 1969-1971, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 415-448.
- <sup>7</sup> Bodo Wegmann und Monika Tantzcher: SOUD – das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Berlin 1996 (BStU, Analysen und Berichte. Reihe B, 1).
- <sup>8</sup> Hier nur ein Verweis auf den Literaturüberblick bei Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Stuttgart / München 2006, S. 287-292.
- <sup>9</sup> Bernhard Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Band VIII / Deutscher Bundestag (12. Wahlperiode). Baden-Baden 1995, S. 297–361; ders.: Die Kooperation des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit dem KGB und anderen Geheimdiensten. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ Band VIII / Deutscher Bundestag (13. Wahlperiode). Baden-Baden 1999, S. 1966–2007.
- <sup>10</sup> Persak, Krzysztof; Kaminski, Lukasz; Gieseke, Jens (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1989 (Wissenschaftliche Reihe der BStU; 33), Göttingen 2009.